

Kurt Biedenkopf · Dirk Reimers · Armin Rolfink (Hg.)

Berlin – was ist uns die Hauptstadt wert?

Herausgegeben im Auftrag der
Deutschen Nationalstiftung



Leske + Budrich, Opladen 2003

Inhalt

<i>Helmut Schmidt</i> Einleitung	9
<i>Heinrich August Winkler</i> Wofür Berlin steht. Die widerspruchsvolle Geschichte der Stadt	15
<i>Dirk Reimers, Armin Rolfink</i> Zur finanziellen Situation Berlins	25
<i>Ernst Benda</i> Berlin und die Länderneugliederung	39
<i>Dieter Grimm</i> Der verfassungsrechtliche Status der Hauptstadt	45
<i>Richard Schröder</i> Fusion von Berlin und Brandenburg – warum?	49
<i>Wolfgang Schäuble</i> Erwartungen der Nation an Berlin	51
<i>Friedrich Dieckmann</i> Was ist deutsch?	56
<i>Michael Naumann</i> Berlin und die Sehnsucht nach der Metropole	61
<i>Wolf Jobst Siedler</i> Die wirkliche Lage Berlins – Längst ist Berlin nicht mehr das Modernisierungszentrum Deutschlands	65

6	<i>Inhalt</i>	
<i>Monika Maron</i>		
Gedanken zur Lage Berlins	71	
<i>Florian Illies</i>		
Berlin aus der Sicht der Generation Golf	73	
<i>Andrzej Byrt</i>		
Aus polnischer Sicht: Berlin – was liegt näher?	81	
<i>Volker Hassemer</i>		
Man sollte Berlin in Gebrauch nehmen	87	
<i>Dieter Simon</i>		
Braucht die Wissenschaft eine Hauptstadt?	91	
<i>Detlev Ganten</i>		
Berlin – Stadt des Wissens? Deutschland braucht einen erlebbaren Ort der neuen humanen Wissensgesellschaft.....	95	
<i>Wolf Lepenies</i>		
Berlin als Katalysator und Exterritorium	107	
<i>Christina Weiss</i>		
Hauptstadtkultur – Niemand sieht, was hier beginnt	111	
<i>Edzard Reuter</i>		
Berlin – die geduldete Hauptstadt?	115	
<i>Klaus-Dieter Lehmann</i>		
Hauptstadtkultur in einem föderalen Staat – Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz als Modell	119	
<i>Ernst Elitz</i>		
Die geteilte Medienstadt: Schultheiß-Berliner und Info-Elite	127	
<i>Giuseppe Vita</i>		
Berlin aus der Sicht der Wirtschaft	135	
<i>Mathias Döpfner</i>		
Der Geist geht voraus, das Geld kommt nach	141	

	<i>Inhalt</i>	7
Die Regierenden Bürgermeister von Berlin:		
<i>Klaus Schütz</i>		
Über das Unvorhergesehene		147
<i>Dietrich Stobbe</i>		
Konkrete Utopie und Konzentration auf das Wesentliche		151
<i>Hans-Jochen Vogel</i>		
Was Berlin braucht		153
<i>Richard von Weizsäcker</i>		
Die deutsche Hauptstadt Berlin		155
<i>Eberhard Diepgen</i>		
Berlin und die deutsche Nation		157
<i>Walter Momper</i>		
Die Hauptstadtrolle als Herausforderung		161
<i>Klaus Wowereit</i>		
Berlin stellt sich neu auf		163
<i>Kurt Biedenkopf</i>		
Zusammenfassung		167
Die Autorinnen und Autoren		
		179
Die Deutsche Nationalstiftung		
		183

Einleitung

Helmut Schmidt

Im zehnten Jahr ihres Bestehens befaßt sich die Deutsche Nationalstiftung auf ihrer Jahrestagung mit den Aspekten der Entwicklung der deutschen Hauptstadt. Der vorliegende Band dient der gedanklichen Vorbereitung der Jahrestagung. Er betrachtet Berlin als deutsche Hauptstadt in vielfältiger Weise und enthält eine Vielzahl von Anregungen und Überlegungen, auch Handlungsoptionen, für die zukünftige Entwicklung der Hauptstadt. Mit der Auswahl der Inhalte und der Autoren sowie den relativ kurz gehaltenen Beiträgen möchte die Studie einen möglichst großen Leserkreis erreichen. Vor allem will sie Anstöße für weitergehende Betrachtungen geben.

Die Deutsche Nationalstiftung dient der Kultur unseres Landes. Sie geht auf einen Impuls von Kurt Biedenkopf, Reimar Lüst, Kurt Masur und mir zurück, ihr Vorsitzender ist Richard Schröder. Stifter waren neben anderen Hermann Josef Abs, Gerd Bucerius, Kurt Körber und Michael Otto. Die Stiftung ist eine Initiative von Privatleuten. Unser Stiftungskapital ist zwar vergleichsweise noch ziemlich gering, denn es beruht ausschließlich auf privaten Beiträgen und enthält keinen Pfennig aus staatlichen Quellen. Die Nationalstiftung will zur Überwindung der geistigen und seelischen, der ökonomischen und politischen Teilung unseres Landes und unseres Kontinentes beitragen, die uns nach Jahrzehnten der machtpolitisch erzwungenen Trennung immer noch belastet. Dieser Aufgabe dienen auch der alljährlich verliehene Nationalpreis und unsere alljährlichen Jahrestagungen.

Daß wir uns im Jahre 2003 in der Hauptsache dem Thema Berlin zuwenden, beruht auf der seit einiger Zeit im Senat der Nationalstiftung herangereiften Einsicht in die zunehmend prekäre finanzpolitische Lage der Stadt. Die Lage ist kritisch, weil der großen Stadt eine ausreichende ökonomische Basis fehlt. Es fehlt an Unternehmungen und an Gewerbetreibenden, an Arbeitsplätzen und an Produktivität. Vielmehr kulminieren in Berlin die Konsequenzen der Tatsache der bisher unbewältigten wirtschaftlichen Vereinigung Deutschlands. Daraus können sich in nicht allzu ferner Zukunft unerfreuliche politische Folgen ergeben. Es wird deshalb hohe Zeit, das Problem der Rolle und der Finanzierung Berlins ins öffentliche Bewußtsein zu heben. Einerseits setzen viele Menschen hohe, einstweilen kaum gerechtfertigte Erwartungen

in die künftige Bedeutung der alten und neuen Hauptstadt. Andererseits aber ist die wirtschaftliche und finanzpolitische Zukunft Berlins beunruhigend, und mancherlei Enttäuschungen stehen bevor. Dieser Problemkomplex muß in den nächsten Jahren zu wirtschafts- und finanzpolitischen Korrekturen führen – möglicherweise auch zu verfassungspolitischen Konsequenzen.

Wenn man sich in die Sichtweise eines Bankvorstandes in New York oder London versetzt, eines französischen oder eines italienischen Kabinettsmitgliedes oder des Chefredakteurs einer großen europäischen Tageszeitung, dann denken sie beim Stichwort Berlin nicht etwa an den Regierenden Bürgermeister oder an die drei Staatsoper, auch nicht an die drei großen Universitäten. Vielmehr denken sie an die Außen- und Sicherheits- und Europapolitik, die in Berlin gemacht wird. Und sie wissen: Dies ist die Hauptstadt eines Landes, das de facto mehr als fünf Millionen Arbeitslose hat und damit nicht fertig wird; sie wissen, daß wir bisher die sechs ostdeutschen Bundesländer nicht dem Produktivitätsstandard der westdeutschen Länder haben annähern können. Weit entfernt davon, eine Antriebskraft, gar eine Lokomotive des gemeinsamen Marktes der Europäischen Union zu sein, erscheint Deutschland vielmehr als ein Schlußlicht. Mit der wichtigen Ausnahme der jungen Generation und mit Ausnahme mancher kurzfristiger Besucher ist Berlin heute, vom Ausland her gesehen, weniger durch seine kulturellen Institutionen und Leistungen geprägt, sondern durch die politische Klasse Deutschlands, die sich seit ein paar Jahren in Berlin versammelt. Auch in den Augen der Deutschen wird es heute kaum gelingen, das Bild Berlins zu lösen von dem unbefriedigenden Bild, das der Durchschnittsdeutsche heute von seiner politischen Klasse hat.

Die „Agenda 2010“ der Regierung Schröder geht prinzipiell in die richtige Richtung. Allerdings kommt sie um ein Jahrzehnt zu spät. Vor allem aber fehlt das Bewußtsein, daß es sich lediglich um einige erste, an und für sich noch unzureichende Schritte handelt, denen weiterreichende Schritte folgen müssen. Es geht keineswegs nur um einen kleinen konjunkturellen Aufschwung, denn der kommt in einer global vernetzten Wirtschaft zyklisch quasi von selbst! Sondern es geht weit darüber hinaus darum, die innovativen und produktiven Kräfte der deutschen 80-Millionen-Gesellschaft von tausend Fesseln und Überregulierungen zu befreien, die wir uns im Laufe der Jahrzehnte seit 1949 schrittweise selbst angelegt und schließlich 1990 auch noch dem Osten Deutschlands übergestülpt haben. Außerdem benötigt aber der Osten Deutschlands für einige Zeit einen zu Buchschlagenden Vorteil in den ökonomischen Rahmenbedingungen gegenüber dem Westen. Solange der politischen Klasse diese ökonomischen Einsichten verborgen bleiben sollten, soweit ihr außerdem der politische Mut und Wille fehlen sollten, soweit ist mit einer durchgreifenden Besserung auch der finanzpolitischen Situation Berlins kaum zu rechnen.

Dieser betäubliche Umstand enthebt jedoch die Bürger und erst recht die Stadtväter Berlins keineswegs ihrer finanziellen Verantwortung. Sie müssen

erkennen, daß eine Fortsetzung ihrer seit 1990 ziemlich hemmungslosen Ausgabenfreudigkeit – und dazu der katastrophalen Verschuldungspolitik – in absehbarer Zeit auf den Widerstand derjenigen Bundesbürger und derjenigen Bundesländer stoßen wird, die bis heute die Berliner Opulenz finanziert haben. Der in diesem Buch vorgelegte Aufsatz von Dirk Reimers und Armin Rolfink macht die im Berliner Rathaus bis vor kurzem vorherrschende Verantwortungsscheu hinreichend deutlich. Sofern sie fortgesetzt würde, so müßte man in absehbaren Zeiträumen mit einem Versagen mindestens des horizontalen Finanzausgleichs rechnen, d.h. des keineswegs verfassungsfesten Systems, innerhalb dessen fünf Bundesländer nicht nur die elf anderen Bundesländer alimentieren, sondern unter diesen das Land Berlin noch in weit überproportionalem Ausmaß. Dagegen mögen die vertikalen Systeme des Finanzausgleichs zu Lasten des Bundeshaushalts und zu Lasten aller Zweige der bundesgesetzlichen Sozialversicherung etwas weniger gefährdet erscheinen, jedoch sind auch sie allesamt nicht mehr zusätzlich belastbar.

Wenn man die Geschichte der Finanzierung Berlins in die Zeiten vor Bismarcks Reichsgründung zurückverfolgt, dann ist die politische und die kulturelle Entwicklung Berlins – damals eine relativ kleine Stadt – nur zum Teil aus dem Berliner Steueraufkommen finanziert worden. Das Geld kam zum anderen Teil aus dem preußischen Staatshaushalt – übrigens weniger aus Pommern oder Ostpreußen, sondern vielmehr aus den industriellen Provinzen Schlesien und Rheinland, zum Teil aus der Preußischen Staatsbahn, welche das Eisenbahnnetz, die Berliner Bahnhöfe und die S-Bahn gebaut hat, und es kam zum Teil aus dem preußischen Militärhaushalt, der wesentlich zur Entwicklung Berlins beigetragen hat. Berlin war also vor 1871 schon einmal in einer Situation, die der heutigen vergleichbar ist; allerdings gab es damals keine auch nur entfernt vergleichbare Verschuldung der Stadt.

Nach 1871 hat sich dann die Lage schnell sehr zum Vorteil Berlins verändert. Berlin erlebte einen enormen wirtschaftlichen Aufstieg. Um die Jahrhundertwende war die Stadt zur größten industriellen Agglomeration Europas geworden. Damals gab es nicht etwa bloß Schering, sondern es gab Borsig, AEG, Siemens-Schuckert, Siemens-Halske, es gab die großen Banken – und sie alle verdienten viel Geld und zahlten Steuern und ihre Arbeiter und Angestellten auch. Gleichwohl hat der preußische Staatshaushalt noch in der Weimarer Zeit in erheblichem Maße Berlin mitfinanziert.

Gegen Ende des Zweiten Weltkrieges sind dann aber fast alle die steuerzahlenden großen Unternehmen so weit wie möglich nach Westen verzogen oder dort wieder aufgebaut worden. Die Banken gingen nach Frankfurt, denn dort hatten die Alliierten die Bank Deutscher Länder installiert. Siemens ging bis nach München; die amerikanische Besatzungszone bot die relativ besten politischen Bedingungen für den Wiederaufbau moderner Industrie.

Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ging ebenfalls nach München. Infolgedessen haben wir dort heute die größte Agglomeration wissenschaftlicher Forschungskapazität. Wir brauchen ungewöhnliche Anstrengungen, um im

Laufe der nächsten Jahrzehnte im Großraum Berlin eine vergleichbare, hoffentlich eine größere Forschungskapazität aufzubauen. Wir sind auf gutem Wege dazu – ein Lichtblick! Aber an der finanzpolitischen Misere Berlins ändert diese erfreuliche Entwicklung zunächst fast gar nichts.

Aus den Beiträgen von Heinrich August Winkler, Dirk Reimers und Armin Rolfink, Wolf Jobst Siedler und Giuseppe Vita werden wichtige Aspekte der historischen und der zukünftigen ökonomischen Entwicklung Berlins deutlich. Ich möchte wünschen, daß sie die politische Klasse zum Nachdenken und sodann zum Handeln anregen – aber ebenso die Manager und ihre Verbände und ebenso die Gewerkschaften. Das Schicksal nicht nur der Berliner Wirtschaft, sondern der gesamten Wirtschaft Ostdeutschlands liegt in der Mitverantwortung aller, die in Deutschland wirtschaftliche Entscheidungen treffen.

Sowohl aus Gründen der Berliner Probleme als auch aus vielerlei anderen Gründen ist im Laufe der nächsten Jahre eine verfassungspolitische Debatte über die Struktur des Bundesstaates zu erwarten. Zur Diskussion stehen die Rolle der Länder und des Bundesrates, die Entflechtung von Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten zwischen Bund und Ländern, die Konsequenzen der wachsenden Kompetenzen der Europäischen Union etc. Aber eben auch die Rolle der Stadt Berlin und ihre dauerhaft zuverlässige Einbettung in das Gefüge unseres Staates wird zur Diskussion stehen müssen.

Dabei bietet der einstweilen gescheiterte Gedanke einer Vereinigung der Länder Berlin und Brandenburg nur eine Scheinlösung. Denn die Vorteile einer Zusammenlegung einiger Behörden und einiger administrativer Aufgaben, wie zum Beispiel der Landesplanung, werden im Ergebnis aufgehoben durch den Nachteil ewiger finanzpolitischer Auseinandersetzungen zwischen dem gemeinsamen Land und der nachgeordneten Stadt Berlin. Selbst in dem ganz unwahrscheinlichen Falle einer generellen Abschaffung der kleinen Bundesländer, wobei nur etwa neun Länder übrigblieben, könnte eine Vereinigung von Berlin und Brandenburg die finanzpolitischen Probleme nicht erleichtern, wohl aber eher noch komplizieren.

Mehrere Autoren dieses Bandes – Ernst Benda, Dieter Grimm und Richard Schröder – diskutieren den verfassungspolitischen Aspekt. Wahrscheinlich kommt eine weitgehende Übernahme von Aufgaben der Stadt Berlin durch den Bund in Betracht. Eine solche Lösung ist in verschiedenen Varianten denkbar; diese reichen im geringsten Extrem von der Übernahme aller über die Stadt hinausreichenden kulturpolitischen Aufgaben Berlins durch den Bund bis zum maximalen Extrem einer Konstruktion nach dem Modell von Washington, District of Columbia. Zwangsläufig wäre mit jedem der denkbaren Lösungsmodelle für das Berliner Rathaus ein Verlust von Kompetenzen und Verantwortung verknüpft. Ohne Zweifel ist die Zeit für dergleichen Entscheidungen noch nicht reif. Sowohl die politische Klasse der Bundesrepublik als auch die Politiker der Stadt Berlin und ihre politischen Parteien würden heute auf derartige Vorschläge wahrscheinlich mit empörter

Ablehnung reagieren. Sie werden statt dessen geneigt sein, die Alimentation Berlins durch ortsfremde Personen und Körperschaften für gesichert zu halten – und im übrigen weiter auf eine generelle wirtschaftliche Aufholung des Ostens zu hoffen.

Für mich ist die Entscheidung für Berlin als Hauptstadt eine Selbstverständlichkeit gewesen. Trotz mancherlei Enttäuschungen halte ich – ohne jeden Zweifel – diese Entscheidung für richtig. Aber ich habe verstanden, daß alle Erwartungen und auch Hoffnungen, die ich für die geistige und seelische Entwicklung der Hauptstadt empfinde, daß alle wirtschaftliche und politische, daß alle schlechthin kulturelle Ausstrahlung Berlins wegen des ökonomischen und besonders wegen des finanziellen Unvermögens gefährdet ist. Deshalb muß die Debatte über die Zukunft dieser wichtigsten deutschen Metropole begonnen werden.

Aus diesem Grund bin ich den Autoren dieses Buches dankbar, die ich leider in diesem Vorwort nicht alle nennen können. Besonders danke ich Kurt Biedenkopf, der, von Dirk Reimers unterstützt, diese Arbeit geleitet hat und als Präsident ihres Senats der Nationalstiftung weiterhin engagiert verbunden sein wird. Biedenkopfs Schlußfolgerungen werden voraussichtlich, ebenso wie manche der Beiträge dieses Bandes oder wie meine eigenen obigen Anmerkungen, in hohem Maße Widerspruch auslösen. Mögen sie insgesamt eine anhaltende Debatte provozieren!

Hamburg, im August 2003

Helmut Schmidt